



Blick in den Container (KastlGreissler)

Einkaufen im Container auch in Oberösterreich

SANKT GEORGEN. Seit dem Wochenende hat auch Oberösterreich seinen ersten „KastlGreissler“: Dabei handelt es sich um einen Selbstbedienungscontainer mit 15 Quadratmeter Fläche in Stritzing (St. Georgen/Grieskirchen). Die Kunden können aus 450 unterschiedlichen Produkten wählen. Im Angebot seien nicht nur Lebensmittel, sondern auch Produkte des täglichen Lebens, sagt Geschäftsführer Christian Gross. Mindestens die Hälfte der Produkte stammt von lokalen Produzenten. Mit dem Konzept soll die Lücke zwischen Hofläden und dem Lebensmitteleinzelhandel geschlossen werden. Geöffnet ist von Montag bis Freitag von 6 bis 20 Uhr, am Samstag bis 18 Uhr.

Das Konzept sei ideal für Gemeinden ohne Nahversorger geeignet. Der „KastlGreissler“ ist ein Franchisesystem. Der Standort in St. Georgen ist der neunte in Österreich. Er ist bei der pink-Tankstelle angesiedelt.

Insolvenzrecht neu: Warnung vor Geheimverfahren

WIEN. Gläubigerschutzverbände reagieren mit viel Skepsis auf die geplante Insolvenzrechtsnovelle: „Anders als eine Insolvenz muss ein Restrukturierungsverfahren nur dann in der Ediktsdatei öffentlich gemacht werden, wenn der Schuldner dem auch zustimmt“, sagt Karl-Heinz Götze, Leiter der Insolvenzabteilung beim Gläubigerschutzverband KSV 1870. Der Schuldner, der das Verfahren beantragt, könne frei entscheiden, welche Gläubiger er miteinbezieht und welche nicht: Hier würden „geheime Verfahren“ drohen, Gläubigerschutzverbände hätten im schlimmsten Fall keine Einsicht in die Akten.

Wie berichtet, tritt mit 17. Juli eine Novelle des Insolvenzrechts in Kraft. Mit dem geplanten Reorganisationsverfahren sollen drohende Insolvenzen abgewendet werden. Den Gläubigern, die der Schuldner nicht miteinbezieht, schuldet er weiter 100 Prozent. Mit den anderen muss er sich auf eine Quote einigen, sagt Götze: Die Gläubiger werden in Klassen eingeteilt: Innerhalb dieser Klasse müssen 75 Prozent der Reorganisation zustimmen.

Außerdem Teil der Novelle: Die Entschuldungsdauer sinkt sowohl bei Unternehmen als auch bei Privatpersonen auf drei Jahre. (prel)

„Die Bürger schnell durchimpfen ist derzeit die beste Finanzpolitik“

Steuertag 2021 der Wirtschaftskammer-Sparte Industrie zeigte Wege aus der Krise

LINZ. Ein konjunkturrell optimistisches Bild zeichnete Teodoro Cocca, Professor für Asset Management an der JKU und OÖN-Kolumnist, beim gestrigen Steuertag der Sektion Industrie in der Wirtschaftskammer Oberösterreich. „Selbstläufer wird das aber keiner“, schränkte Cocca ein.

Österreich laufe Gefahr, sich im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich schnell zu erholen, falls nicht jetzt Impulse in Richtung Investitionen und damit auch der Schaffung von Arbeitsplätzen gesetzt würden.

Finanzminister Gernot Blümel argumentierte auch in diese Richtung. Der Staat habe große Investitionspakete beschlossen, etwa im Bereich Klimaschutz und Verkehr. „Aber mindestens so wichtig ist, dass wir als Bundesregierung Rahmenbedingungen schaffen, damit auch die Unternehmer investieren“, sagte Blümel und verwies vor allem auf die Investitionsprämie und die Möglichkeit der degressiven Abschreibung, die man neu geschaffen habe. Dabei



„Österreichs Wirtschaft droht eine unterdurchschnittliche Erholung. Ein Selbstläufer wird das Herausarbeiten aus der Krise nicht.“

Teodoro D. Cocca, Professor für Asset Management an der JKU

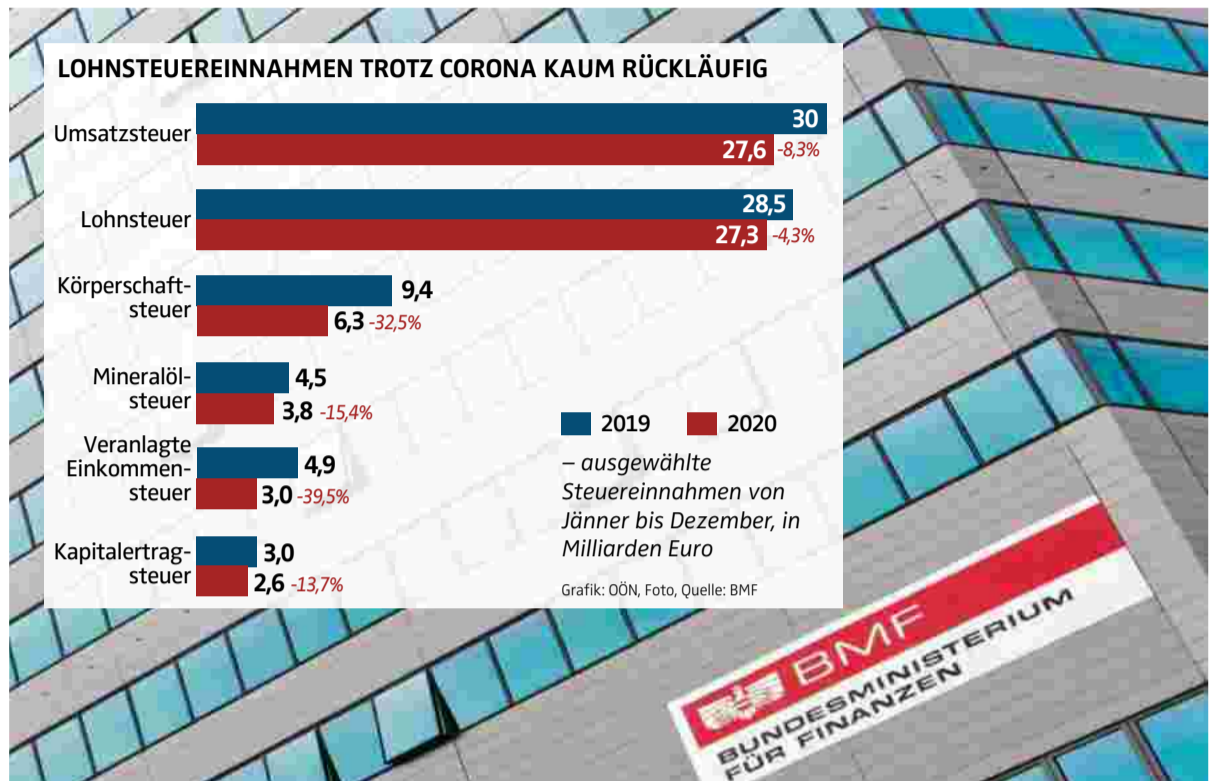
können Unternehmen Investitionsgüter schneller abschreiben und damit die Steuerbelastung senken.

Fiktive Zinsen für Eigenkapital

Wichtig sei auch, so Blümel, die Eigenkapitalausstattung vor allem der Klein- und Mittelbetriebe, die in der Pandemie gelitten habe, wieder zu stärken. So soll es künftig fiktive Eigenkapitalzinsen geben. Ein Modell sei in Ausarbeitung und soll auch bald präsentiert werden.

Derzeit könnten Unternehmer Fremdkapital-Zinsen, etwa für Bankkredite, steuerlich geltend machen. Dies soll künftig auch für Eigenkapital möglich werden, und zwar in Form von fiktiven Eigenkapital-Zinsen. Damit soll die Bevorzugung von Fremdkapital beendet werden.

JKU-Professor Cocca erwartet, dass die Corona-Delle bei der Konjunktur im dritten Quartal 2022 aufgeholt werden sollte. Die globale Konjunktursituation gebe Anlass für Optimismus. Er verwies auf die gute Situation in den USA, nicht zuletzt wegen der gewalti-



gen Konjunkturlösungen der US-Regierung. Aber auch in Asien laufe die Wirtschaft wieder gut. Das gelte nicht nur für China.

In Österreich gebe es mit der Corona-bedingt extrem hohen Sparquote eine große Unbekannte. „Was wird mit diesem Geld geschehen?“, fragte Cocca. So etwas habe es bisher noch nie gegeben, deshalb sei es auch so schwer, den privaten Konsum zu prognostizieren.

Der Blick auf die Finanzmärkte zeichne ebenfalls ein positives Bild. Die Aktienbörsen hätten sich sehr schnell vom Corona-Schock vor ziemlich genau einem Jahr erholt. „Die Aktienbörsen blicken durch die

Krise durch und zeigen ein Bild der Erholung im kommenden Sommer. Das macht Mut“, sagte Cocca.

Dass derzeit die Nachfrage auf ein knappes Angebot treffe und damit auch die Preise erhöhe, sieht Cocca ebenfalls positiv. Einen starken Anstieg der Inflationsrate erwarte er nicht. Auch dass die Zinsen wieder leicht steigen, etwa in den USA, könne man ebenfalls als „ermutigendes Zeichen“ sehen.

Auf den Finanzmärkten werde auch keine Konjunkturschwelle erwartet. Die Kreditprämien für

Finanzminister Gernot Blümel (APA)



riskante Anleihen seien niedrig.

Eine wirtschaftspolitische Herausforderung sei aber die stark gestiegene Verschuldung. Sechs Billionen Euro bzw. 7,5 Prozent des globalen Bruttoinlandsproduktes seien zur Krisenbewältigung aufgewendet worden. Das sei doppelt so viel wie bei der Finanzkrise vor zehn Jahren.

Diese Verschuldung wieder abzubauen, sei die große Herausforderung, sagte Cocca. Es dürfe aber in der momentanen Situation keine Steuererhöhung geben. „Schon eine Debatte darüber wäre Gift“, so der Finanzexperte.

Wichtig sei jetzt, die gesundheitliche Krise in den Griff zu bekommen. „Die Bürger rasch durchimpfen ist derzeit die beste Finanzpolitik“, so Cocca. (hn)

Firmen brauchen steuerliche Impulse

Corona-Hilfen für Unternehmen dürfen nicht einfach auslaufen

LINZ. Die Regierung habe zur Bewältigung der Wirtschaftskrise durch die Pandemie die richtigen Maßnahmen gesetzt, sagte Erich Frommwald, Obmann der Sparte Industrie in der Wirtschaftskammer Oberösterreich. Vor allem die Kurzarbeit und die Investitionsprämie hob Frommwald gestern beim Steuertag 2021 hervor. Wichtig seien aber weiterhin steuerliche Entlastungen.

Anette Klinger, Steuer-Sprecherin der Sparte Industrie, wies darauf hin, dass die jetzt gesetzten Impulse, etwa die Investitionsprämie, nur etwa ein Jahr anhalten werden, dann sei mit einer Konjunkturdelle zu rechnen. Deshalb sei es wichtig, schon jetzt durch öffentliche Investitionen in Nachhaltigkeit und neue Technologien rechtzeitig Maßnahmen zu setzen.



Anette Klinger (Intern.)



Martin Sonntag (WKOÖ)



M. Schlagnitweit (vowe)

Für Martin Sonntag, Spartenobmann-Stellvertreter der Sparte Handel, habe gerade der Handel einen „Evolutionssprung“ gemacht. Das dürfe jetzt nicht einfach abgedreht werden, man müsse die Entlastung der Unternehmen entsprechend weiterführen. Er forderte konkret eine steuerliche Entlastung jener, die derzeit im Homeoffice arbeiten, etwa durch eine Pauschale von

1500 Euro. Außerdem fordert er die Abschaffung der Digitalsteuer.

Maria Schlagnitweit, Partnerin bei LeitnerLeitner, hofft, dass bei der Schlussabrechnung der Corona-Hilfen durch die Betriebsprüfer einheitliche Standards gesetzt werden. Die Möglichkeit zur degressiven Abschreibung bezeichnete Schlagnitweit als „wesentlichen Standortvorteil“.

WERBUNG

Hausbank & hausbanking

Bank, ganz nach Ihren Bedürfnissen. So wie Sie es gerade brauchen:
Individuell und persönlich oder einfach und praktisch.

VOLKSBANK
OBERÖSTERREICH

www.vb-ooe.at